

Statement Pressekonferenz 09. Februar 2017

Vorstellung Studie „Kleinwaffen in Kinderhänden – Deutsche Rüstungsexporte und Kindersoldaten“

Sehr geehrte Damen und Herren,

mein Name ist Andreas Dieterich und arbeite bei Brot für die Welt im Referat für Menschenrechte und Frieden.

Brot für die Welt arbeitet seit langen Jahren im Rahmen der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ und in der Fachgruppe Rüstungsexporte in der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung, die jährlich den Rüstungsexportbericht herausgibt, zur Problematik deutscher Rüstungsexporte.

Wir freuen uns heute, zusammen mit dem „Deutschen Bündnis Kindersoldaten“ gemeinsam die Ihnen vorliegende Studie „Kleinwaffen in Kinderhänden“ herauszugeben. Die Studie und die von meinen Vorrednern dargelegten Sachverhalte stehen exemplarisch für eine seit Jahren verfehlte Genehmigungspraxis für Rüstungsexporte der deutschen Bundesregierung.

Im Gegensatz zur vorherrschenden Rhetorik der Bundesregierung, dass Deutschland eines der restriktivsten Rüstungsexportkontrollregime habe, zeigt die Realität leider ein ganz anderes Bild. In den im Januar 2017 vom damaligen Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel vorgestellten Zahlen zu den erteilten Einzelausfuhrgenehmigungen 2016 haben wir mit 6,88 Milliarden Euro den zweithöchsten Wert, der jemals erreicht wurde. Nur im Jahr zuvor, war die Genehmigungssumme mit 7,86 Milliarden Euro noch höher.

Das alleine sollte schon Grund zur Sorge geben, aber schlimmer noch ist die sich in den letzten Jahren steigende Genehmigungen von Rüstungsexporten in sogenannte Drittländer, also Länder die nicht zur EU, der NATO oder gleichgestellten Ländern gehören. Im letzten Jahren gingen in diese Drittländer über die Hälfte aller genehmigten Exporte. Unter den Top 10 der belieferten Drittländer waren dabei Länder wie Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate oder Ägypten. Also alles Ländern, die in den Krieg im Jemen verwickelt sind und allesamt in einer Region liegen, die in den letzten Jahren von Krisen und Kriegen betroffen waren.

Kommen wir nun konkret auf die Genehmigungen von Kleinwaffenexporten zu sprechen. Wie Frank Mischo schon erklärt hat, wurden im letzten Jahr Kleinwaffen im Wert von 47 Millionen Euro genehmigt. Über ein Drittel davon in Drittländer. Das mag bei der Gesamtgenehmigungssumme von 6 Milliarden erst einmal nicht nach viel klingen – legt man aber die geringen Kosten für Kleinwaffen zu Grunde kommen wir auf eine beachtliche Stückzahl von gelieferten Waffen. Seit Jahren findet sich Deutschland daher auch regelmäßig unter den Top 3 der Länder, mit den höchsten Kleinwaffenexporten. Insgesamt wurden seit

2002 Kleinwaffenexporte im Wert von mehr als 800 Mio. Euro genehmigt. Hinzu kommt noch einmal entsprechende Munition im Wert von etwa 400 Mio. Euro.

Einige von Ihnen werden sich gerade vielleicht gewundert haben, warum ich nicht eine genaue Anzahl an gelieferten Waffen genannt habe – das liegt daran, dass die Quellenlage dazu extrem schwierig ist. Denn obwohl gerade in diesem Bereich der Exporte Transparenz von enormer Bedeutung wäre, wird die Berichterstattung der Bundesregierung dem leider in keiner Weise gerecht.

Denn Deutschland bezieht sich bei den Genehmigungsverfahren und der Berichterstattung auf die Definition von Kleinwaffen der EU. Während bei der UNO und der OSZE alle Pistolen und Revolver als Kleinwaffen gelten, zählt die Europäische Union (EU) nur vollautomatische Pistolen (Maschinenpistolen) dazu. Damit gelten Pistolen im Genehmigungsverfahren und in der Berichterstattung bisher als „zivile Waffen“, obwohl sie vielerorts militärisch verwendet werden.

Noch dramatischer ist es bei Handgranaten. Von der Bundesregierung werden sie als Munition behandelt und deshalb regelmäßig nicht in den Rüstungsexportberichten aufgeführt. Handgranaten sind einfache, leicht einzusetzende und im Blick auf die Wirkung äußerst brutale Waffen, die oft auch von Kindersoldaten eingesetzt werden. Es wird dem Ernst der Lage in den Kriegsgebieten nicht gerecht, wenn Pistolen oder »zivile« halbautomatische Gewehre bei der Berichterstattung von Waffenlieferungen ausgeklammert werden.

Insbesondere in Konflikten, in denen Kindersoldaten im Einsatz sind, haben Kleinwaffen eine dramatische Bedeutung. Ihre Verfügbarkeit auf dem Markt, ihr Preis, ihr Gewicht und ihre einfache Bedienbarkeit ermöglichen bewaffneten Akteuren auch die Rekrutierung von Kindersoldaten.

Dazu kommt die Langlebigkeit der Kleinen und Leichten Waffen und ihre leichte Transportierbarkeit. Im Zusammenspiel mit einer seit Jahren mangelhaften Endverbleibskontrolle, macht dies ihre Verbreitung auf die Dauer unkontrollierbar und sorgt dafür, dass diese deutschen Waffen in nahezu allen gewaltsamen Konflikten eine Rolle spielen. Deshalb braucht es einen sofortigen Stopp aller Exporte von Kleinwaffen und Munition in Drittländer sowie eine sofortige Rücknahme aller Lizenzen zum Nachbau deutscher Waffen.

Der Einsatz von Kindersoldaten ist eine massive Menschenrechtsverletzung und eine schwere Hypothek für die Zukunft jeder Gesellschaft, denn die in der Kindheit angelernte Gewaltbereitschaft prägt das Verhalten auch später in den persönlichen wie gesellschaftlichen Beziehungen. Kinder und Jugendliche benötigen keine Ausbildung an Waffen, sondern familiäre Geborgenheit, Schulbildung und berufliche Perspektiven. Dazu kann Deutschland durch Entwicklungszusammenarbeit und durch eine aktive Friedensförderungs politik beitragen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!